



Amtsblatt für Brandenburg

27. Jahrgang

Potsdam, den 8. Juni 2016

Nummer 22

Inhalt	Seite
BEKANNTMACHUNGEN DER LANDESBEHÖRDEN	
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Verwaltungsvorschriften des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur zum Gesetz zur Ausgestaltung der Rechte der Sorben/Wenden im Land Brandenburg (VV SWG)	610
Zastojnske pśedpise Ministarstwa za wědomnosć, slěženje a kulturu ku kazni za rědowanje pšawow Serbow w Bramborskej (Zp Sk)	613
Landesamt für Umwelt	
Wesentliche Änderung eines Geflügelschlachthofes in 15859 Storkow	616
Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer Anlage zur Abfallverbrennung in 15562 Rüdersdorf bei Berlin, OT Herzfelde	617
Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	
Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben „110-kV-Freileitung Ragow - Großräschen, Ersatzneubau Mast 97“	618
Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben „Sanierung FGL 80, FGL 80.19, Leistungsumfang 2016 ONTRAS Vorhaben-Nr.: ON.15039, ON.15046“	618
BEKANNTMACHUNGEN DER KÖRPERSCHAFTEN, ANSTALTEN UND STIFTUNGEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	
Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel	
Einladung zur öffentlichen Sitzung 1/2016 der Regionalversammlung Prignitz-Oberhavel	619
BEKANNTMACHUNGEN DER GERICHTE	
Zwangsversteigerungssachen	620

BEKANNTMACHUNGEN DER LANDESBEHÖRDEN

**Verwaltungsvorschriften
des Ministeriums für Wissenschaft,
Forschung und Kultur
zum Gesetz zur Ausgestaltung der Rechte
der Sorben/Wenden im Land Brandenburg
(VV SWG)**

Vom 13. Mai 2016

1 Allgemeines

Das Sorben/Wenden-Gesetz (SWG) vom 7. Juli 1994 (GVBl. I S. 294), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Februar 2014 (GVBl. I Nr. 7), gewährt sowohl dem sorbischen/wendischen Volk als auch jedem einzelnen Sorben/Wenden sowie allen Einwohnerinnen und Einwohnern des angestammten Siedlungsgebietes der Sorben/Wenden Rechte. Zu unterscheiden ist zwischen Rechten, die im gesamten Land Brandenburg bestehen, und solchen, die ausschließlich im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden bestehen.

1.1 Zu den Rechten, die jedem im Land Brandenburg wohnenden Sorben/Wenden - auch außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes - zustehen, gehören gemäß § 1 Absatz 2 SWG das Recht, seine ethnische, kulturelle und sprachliche Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu wahren und weiterzuentwickeln, sowie das Recht, sich an der Wahl des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden nach § 5 Absatz 2 SWG zu beteiligen.

Die Interessen der Sorben/Wenden können nach § 4 Absatz 1 SWG durch einen Dachverband auf Landes- und kommunaler Ebene wahrgenommen werden.

1.2 Im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden werden dem sorbischen/wendischen Volk unter anderem folgende Rechte eingeräumt:

- Schutz, Erhaltung und Pflege des angestammten Siedlungsgebietes (§ 3 Absatz 1 SWG)
- Wahrung der Interessen der Sorben/Wenden durch Bestellung von kommunalen Sorben-/Wendenbeauftragten oder durch andere geeignete Maßnahmen (§ 6 Absatz 1 SWG)
- Schutz und Förderung der sorbischen/wendischen Kultur (§ 7 SWG)
- Schutz und Förderung der sorbischen/wendischen Sprache (§ 8 SWG)
- Erlernen der Sprache (§ 10 SWG)
- Zweisprachige Beschriftung von öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, Straßen, Wegen, Plätzen, Brücken und Ortstafeln (§ 11 Absatz 1 SWG).

1.3 Weitere Rechtsgrundlagen, auf die sich das SWG bezieht, sind in dessen Präambel genannt. Dazu zählen insbesondere

die Landesverfassung (Artikel 25), das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen.

2 Zielsetzung

Um eine einheitliche Auslegung und Durchführung des SWG zu gewährleisten, werden nachfolgend Hinweise gegeben zu den sich aus der Zugehörigkeit zum sorbischen/wendischen Siedlungsgebiet aus dem SWG ergebenden Folgen.

3 Recht auf nationale Identität (§ 1 SWG)

Zur Umsetzung der in § 1 Absatz 3 SWG geregelten Verpflichtungen für Gemeinden und Gemeindeverbände im angestammten Siedlungsgebiet zur Förderung von Bedingungen, die es Sorben/Wenden ermöglichen, Sprachen, Traditionen und kulturelles Erbe zu bewahren und weiterzuentwickeln sowie die sorbische/wendische nationale Identität zu schützen, zu erhalten und zu fördern, wird insbesondere auf die Abschnitte 10, 11 und 13 dieser Verwaltungsvorschriften verwiesen. Für die ebenfalls in § 1 Absatz 3 SWG geforderte Sicherstellung wirksamer sorbischer/wendischer politischer Mitgestaltung sind die Abschnitte 7 und 9 dieser Verwaltungsvorschriften zu beachten.

4 Bekenntnisfreiheit (§ 2 SWG)

Sorben/Wenden können sich gegenüber Verwaltungen zu ihrer sorbischen/wendischen Volkszugehörigkeit bekennen, müssen dies aber nicht tun. Von Seiten der Verwaltung darf ein solches Bekenntnis nicht angezweifelt oder bestritten werden. Sorbische/Wendische Bürgerinnen und Bürger dürfen wegen eines Bekenntnisses nicht benachteiligt werden. Nachweise für die Volkszugehörigkeit sind nicht zu verlangen.

Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung individueller Rechte, die nur Sorben/Wenden gewährt werden (zum Beispiel Namensrecht nach dem Minderheiten-Namensänderungsgesetz), kann eine Zugehörigkeit zum sorbischen/wendischen Volk erfragt werden.

5 Angestammtes Siedlungsgebiet (§ 3 SWG)

Das angestammte Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden ist in der Anlage zum SWG festgelegt.

Nach § 13c SWG haben weitere Gemeinden sowie der Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden bis zum 31. Mai 2016 die Möglichkeit, Anträge auf Feststellung der Zugehörigkeit zum angestammten Siedlungsgebiet zu stellen. Es gilt die Verordnung über das Verfahren der Feststellung von Veränderungen des angestammten Siedlungsgebietes der Sorben/Wenden des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur vom 8. September 2014 (GVBl. II Nr. 68).

Auf der Grundlage der im Zuge der Prüfung der bei dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) eingegangenen Anträge rechtskräftig ergangenen Feststellungsbescheide wird eine abschließende Liste der nach § 3 Absatz 2 SWG zum angestammten Siedlungsgebiet gehörenden Gemeinden und Gemeindeteile erstellt. Weitere Veränderungen des angestammten Siedlungsgebietes sind nicht möglich.

Der besondere Charakter des angestammten Siedlungsgebietes sowie sorbische/wendische Interessen sind nach § 3 Absatz 1 SWG in der Kommunalpolitik zu berücksichtigen. Dazu empfiehlt es sich, die Interessenvertretungen der Sorben/Wenden (zum Beispiel Dachverbände nach § 4a SWG sowie kommunale Beauftragte nach § 6 SWG) angemessen einzubeziehen.

Es ist zu beachten, dass nach § 9 Absatz 4 der Kommunalverfassung die Gemeinden im angestammten Siedlungsgebiet zweisprachige Namen tragen. Im Hinblick auf eine einheitliche Umsetzung der Regelungen von § 11 SWG und der Zielsetzung aus § 8 Absatz 1 SWG ist es empfehlenswert, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung auch alle Gemeindeteile zweisprachig zu bezeichnen. Eine Liste mit entsprechenden niedersorbischen Bezeichnungen wird durch MWFK zur Verfügung gestellt.

6 Fahne (§ 4 SWG)

Die in § 4 SWG geregelte Möglichkeit der gleichberechtigten Verwendung der sorbischen/wendischen Fahne kann insbesondere erfolgen durch eine Hissung an Beflaggungstagen, an denen nur die Hissung der deutschen und der Landesfahne vorgeschrieben ist und der in der Regel vorhandene dritte Fahnenmast frei bleibt. Die sorbische/wendische Fahne kann auch anstelle der Europafahne gehisst werden, sofern deren Hissung nicht vorgeschrieben ist.

Weiteres wurde durch das Ministerium des Innern im Erlass über die Allgemeinen Beflaggungstage im Land Brandenburg vom 13. April 2007 (ABl. S. 1090), geändert durch Erlass des Ministeriums des Innern vom 27. April 2010 (ABl. S. 806), geregelt.

7 Dachverbände (§ 4a SWG)

§ 4a SWG legt die Voraussetzungen für die Anerkennung von Verbänden als sorbische/wendische Dachverbände fest. In Absatz 2 ist zudem ein Verbandsklagerecht geregelt. In weiteren landesrechtlichen Regelungen werden den Dachverbänden nach § 4a SWG Mitwirkungsrechte eingeräumt. Dazu zählen die Entsendung beratender Mitglieder in Schulkonferenzen von Schulen mit einsprachigen oder bilingualen Bildungsangeboten in niedersorbischer Sprache (§ 90 Absatz 1 des Brandenburgischen Schulgesetzes - BbgSchulG), die Benennung eines Mitgliedes des Landesschulbeirates (§ 139 BbgSchulG), die Benennung von Vertretern in der Regionalversammlung der Planungsregion „Lausitz-Spree-wald“ (§ 6 Absatz 3 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung - RegBkPIG) sowie dem Braunkohleausschuss (§ 15 Absatz 2 RegBkPIG) und die Benennung eines Vertreters für den RBB-Rund-

funkrat (§ 14 Absatz 1 des Staatsvertrags über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg). Es ist empfehlenswert, die Dachverbände in sorbische/wendische Interessen berührende Aktivitäten einzubeziehen.

Beim Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschriften ist Domowina - Bund Lausitzer Sorben e. V. nach § 4a SWG als Dachverband anerkannt.

8 Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden (§ 5 SWG)

Die in Verantwortung der sorbischen/wendischen Dachverbände durchzuführenden Wahlen können von kommunaler Seite unterstützt werden durch die Veröffentlichung von Bekanntmachungen des Wahlausschusses in Veröffentlichungsblättern, Aushängen oder auf Internetseiten. Die Wahlen werden landesweit durchgeführt und betreffen somit sorbische/wendische Einwohnerinnen und Einwohner nicht nur des angestammten Siedlungsgebietes.

Weitere Bestimmungen zur Durchführung der Wahlen zum Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden nach § 5 Absatz 2 SWG sind in der Wahlordnung zum Sorben/Wenden-Gesetz (WO-SWG) des Ministeriums des Innern und für Kommunales vom 15. September 2014 (GVBl. II Nr. 69) geregelt.

9 Kommunale Sorben-/Wendenbeauftragte (§ 6 SWG)

Nach § 6 Absatz 1 SWG sollen die dort benannten Ämter und kommunalen Gebietskörperschaften Beauftragte für die Angelegenheiten der Sorben/Wenden ernennen, sofern sie nicht andere geeignete Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Sorben/Wenden treffen. Von der Größe des Amtes oder der Gebietskörperschaft sowie von der Zahl der Sorben/Wenden ist es abhängig, welchen Umfang diese Tätigkeit in Anspruch nehmen wird. In der Regel ist dem Gesetz Genüge getan, wenn eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Amtes oder der kommunalen Gebietskörperschaft diese Aufgabe zusätzlich wahrnimmt.

Denkbar ist es auch, eine ehrenamtliche Beauftragte oder einen ehrenamtlichen Beauftragten zu bestellen. Name, Adresse und Sprechzeiten der oder des Beauftragten sollten in angemessener Weise öffentlich bekannt gemacht werden. Es sollte bei ehrenamtlichen Beauftragten auf eine entsprechende Einbindung in Verwaltungs- und politische Abläufe geachtet werden, um den für die Ausübung der Tätigkeit notwendigen Informationsfluss zu gewährleisten.

Besonders ist darauf zu verweisen, dass für die Beauftragten für die Angelegenheiten der Sorben/Wenden nach § 6 Absatz 2 SWG in Verbindung mit § 19 Absatz 3 der Kommunalverfassung die Regelungen über die Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten gemäß § 18 Absatz 3 der Kommunalverfassung gelten.

10 Förderung der sorbischen/wendischen Kultur (§ 7 SWG)

Die Verpflichtung zur Förderung der sorbischen/wendischen Kultur erfüllt das Land insbesondere durch seine Be-

teilung an der Stiftung für das sorbische Volk. Diese gemeinsam vom Bund und den Ländern Sachsen und Brandenburg getragene Stiftung fördert die verschiedenen sorbischen/wendischen Einrichtungen im Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden sowie Einzelprojekte. Über Förderungsanträge entscheiden die zuständigen Gremien der Stiftung.

Darüber hinaus haben die Landkreise, Ämter und Gemeinden im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden nach § 7 Absatz 2 SWG und § 2 Absatz 2 der Kommunalverfassung die sorbische/wendische Kultur angemessen in die Kulturarbeit einzubeziehen. Die konkrete Ausgestaltung liegt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung bei den Landkreisen, Ämtern und Gemeinden.

§ 7 Absatz 2 Satz 2 SWG beinhaltet ein Gebot für Ämter, Gemeinden und Landkreise des angestammten Siedlungsgebietes, ein von Tradition, Toleranz und gegenseitiger Achtung geprägtes Zusammenleben zu fördern. Dies kann beispielsweise durch positive Bezüge auch zu sorbischen/wendischen Aspekten der lokalen Traditionen und Geschichte, Verweise auf einen Mehrwert durch Bilingualität und Mehrsprachigkeit, aber auch durch Information der Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung über Minderheitenrechte geschehen. Äußerungen und Handlungen, die eine Herabsetzung sorbischer/wendischer Sprache, Kultur oder Identität zur Folge haben, sind zu unterlassen.

Es empfiehlt sich, die Erfüllung dieser Aufgabe für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu machen (zum Beispiel durch entsprechende Haushaltsansätze, Projekte oder Öffentlichkeitsarbeit).

11 Sorbische/Wendische Sprache (§ 8 SWG)

§ 8 SWG verlangt besonders eine Förderung der sorbischen/wendischen Sprache.

Der Landesgesetzgeber hat für den Bereich des Verwaltungsverfahrens den Gebrauch der sorbischen/wendischen Sprache in § 8 Absatz 2 SWG und § 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) geregelt.

Danach sind in Verwaltungsverfahren nach dem VwVfGBbg sorbische/wendische Verfahrensbeteiligte, wenn sie die sorbische/wendische Sprache benutzen, von den Kosten für Dolmetscher oder Übersetzer befreit. Hier wird auf die Kostenerstattungsregelung nach § 13a SWG verwiesen. Ferner wird eine Frist auch durch in sorbischer/wendischer Sprache abgefasste Anträge, Anzeigen oder Willenserklärungen in Lauf gesetzt.

Nach § 8 Absatz 2 Satz 3 SWG ist es den Behörden und Verwaltungen zudem freigestellt, bei vorliegenden sprachlichen Voraussetzungen, für Antworten und Bescheide ebenfalls die niedersorbische Sprache zu verwenden.

Im Sinne von § 8 Absatz 1 Satz 3 SWG ist eine in Abhängigkeit der Gegebenheiten vor Ort größtmögliche Verwendung der sorbischen/wendischen Sprache wünschenswert.

Zu beachten ist, dass für das Gebiet des Landes Brandenburg die niedersorbische/wendische Sprache maßgeblich ist.

12 Bildung (§ 10 SWG)

Bestimmungen für die Bereiche Bildung, Schule und Kindertagesstätten (§ 10 SWG) bleiben einer gesonderten Regelung durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport vorbehalten.

13 Zweisprachige Beschriftung (§ 11 SWG)

Die öffentlich sichtbare Verwendung der sorbischen/wendischen Sprache prägt den bikulturellen Charakter der Lausitz, macht kulturell-sprachliche Vielfalt erst sichtbar, ist für die praktische Anwendung im Alltag wichtig und auch symbolischer Ausdruck der Gleichberechtigung. Sie ist für die Akzeptanz der Sprache, das Sprachprestige und somit die Motivation, diese zu erlernen, zu pflegen und weiterzuentwickeln von zentraler Bedeutung. Dabei ist auf die fehlerfreie Verwendung der Sprache zu achten.

Gemäß § 11 Absatz 1 SWG sind öffentliche Gebäude und Einrichtungen, Straßen, Wege, Plätze, Brücken und Ortstafeln sowie Hinweisschilder hierauf im angestammten sorbischen/wendischen Siedlungsgebiet in deutscher und niedersorbischer Sprache zu kennzeichnen. Folgende Beschriftungen sind somit zweisprachig zu gestalten:

- a) Richtzeichen Nr. 432 gemäß § 42 StVO zu innerörtlichen Zielen und zu Einrichtungen mit erheblicher Verkehrsbedeutung.
- b) Richtzeichen Nr. 437 gemäß § 42 StVO, Straßenschilder. Die Entscheidung über die Ausführung der Straßennamensschilder erfolgt durch die zuständige Gemeindeverwaltung.
- c) Sonstige innerörtliche Schilder, öffentliche Gebäude und Einrichtungen ohne erhebliche Verkehrsbedeutung. Namensschilder für Plätze und Brücken sowie Hinweisschilder hierauf.

Zudem sind bei weiteren Verkehrszeichen die Regelungen zu zweisprachigen Gemeindefür den Namen zu beachten. Da der deutsche und der sorbische/wendische Name die amtliche Gemeindebezeichnung bilden, sind beide in gleicher Schriftgröße vorzusehen. Außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes sind Gemeinden, die zum angestammten Siedlungsgebiet zählen, dementsprechend ebenfalls mit beiden Namensbestandteilen auszuschildern. Innerhalb des angestammten Siedlungsgebietes können Ziele außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes zweisprachig ausgewiesen werden. Verwiesen wird auch auf die Regelungen des Erlasses zur zweisprachig deutsch-niedersorbischen Beschriftung von Verkehrszeichen des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft vom 25. Juni 2014 (ABl. S. 926).

Gemäß § 11 Absatz 2 SWG können auch andere Gebäude zweisprachig beschriftet werden, sofern diese Bedeutung

für die Öffentlichkeit haben. Gleiches gilt für andere als die in Nummern 1 bis 3 genannten Schilder innerhalb der Gemeinde. Die Möglichkeit einer zweisprachigen Beschriftung sollte umfassend genutzt werden.

Die Beschilderung ist nicht sofort auszutauschen, jedoch in Fällen von Erneuerung oder Neuaufstellung zwingend zweisprachig auszuführen. Auf die Kostenerstattungsregelung nach § 13a SWG wird verwiesen.

Es sollte aufgrund der zurzeit noch weit verbreiteten Fehlerhaftigkeit davon abgesehen werden, bei der Erneuerung von Beschilderungen ungeprüft die bestehenden Formen zu übernehmen. Zu beachten ist, dass für das Gebiet des Landes Brandenburg die niedersorbische Sprache mit ihren derzeit gültigen Rechtschreibregeln maßgeblich ist. Um eine korrekte Verwendung der Sprache zu gewährleisten, sollte auf die Hilfe Sprachkundiger zurückgegriffen werden. Kontakte können über die kommunalen Beauftragten nach § 6 SWG vermittelt werden. Weitere Informationen stellen das Sorbische Institut und die Niedersorbische Sprachkommission unter www.niedersorbisch.de zur Verfügung.

14 Kostenerstattung (§ 13a SWG)

Die Erstattung von Zusatzkosten durch die Anwendung der sorbischen/wendischen Sprache nach § 13a SWG wird in einer gesonderten Rechtsverordnung gemäß § 13b Absatz 4 SWG geregelt.

15 Inkrafttreten/Außerkräfttreten

Diese Verwaltungsvorschriften treten am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Gleichzeitig treten die Verwaltungsvorschriften des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur zum Gesetz zur Ausgestaltung der Rechte der Sorben (Wenden) im Land Brandenburg vom 28. April 1997 (ABl. S. 422) außer Kraft.

Zastojnske pśedpise Ministarstwa za wědomosć, slěženje a kulturu ku kazni za ředowanje pšawow Serbow w Bramborskej (Zp Sk)

Wót 13. maja 2016

1 Powšykne

Serbska kazń (Sk) wót 7. julija 1994 (GVBl. I b. 294), slědny raz změnjonu pšez artikel 1 kazni wót 11. februara 2014 (GVBl. I c. 7) dawa serbskemu ludoju ako teke kuždemu jednotliwemu Serboju a wšyknym wobydlarkam a wobydlarjam starodawnego sedleńskego ruma Serbow pšawa. Rozeznawaš ma se mjazy pšawami, płašecymi za ceļu Bramborsku, a takimi, kenž wobstoje jano we starodawnem sedleńskem rumje Serbow.

1.1 K pšawam, kotarež ma kuždy Serb, bydlecý w Bramborskej - teke zwenka starodawnego sedleńskego ruma -, słušatej pó § 1 wótrězk 2 Sk pšawo, swóju etnisku, kulturnu a rěčnu identitu licho zwuraznjowaš, zachowaš a dalej wuwijaš, a pšawo se wobželiš na wólbach Rady za nastupnosći Serbow pó § 5 wótrězk 2 Sk.

Zajmy Serbow mógu se zastupowaš pó § 4 wótrězk 1 Sk na krajnej a komunalnej rowninje pšez kšywowy zwězk.

1.2 W starodawnem sedleńskem rumje Serbow se pšizwóluj serbskemu ludoju mjazy drugim slědujuce pšawa:

- šćitanje, zdžaržanje a woplěwanje starodawnego sedleńskego ruma (§ 3 wótrězk 1 Sk)
- zachowanje zajmow Serbow pšez pomjenjenje komunalnych zagronitych za serbske nastupnosći abo pšez druge se gózece napšawy (§ 6 wótrězk 1 Sk)
- šćitanje a spěchowanje serbskeje kultury (§ 7 Sk)
- šćitanje a spěchowanje serbskeje rěcy (§ 8 Sk)
- nawuknjenje rěcy (§ 10 Sk)
- dwójorěčne pópisanja zjawnych twarjenjow, institucijow, drogow, pušow, naměstow, móstow a městnych toflow (§ 11 wótrězk 1 Sk).

1.3 Dalšne pšawniske zakłady, na kótarež se póšěguju Sk, se pomjeniju w jeje preambli. K tomu lice wósebnje krajna wustawa (artikel 25), ramikowe dojadnanje za šćit narodnych mjeńšynow a Europska charta regionalnych a mjeńšynowych rěcow.

2 Zaměry

Aby se zarucało jednotne wuloženje a pšewježenje Sk, se pódaju w slědujućem pokazki ku konsekwencam, ako wurstu ze Sk z pšislušnosći k serbskemu sedleńskemu rumoju.

3 Pšawo na narodnu identitu (§ 1 Sk)

K zwopšawdnjenju toš tych w § 1 wótrězk 3 Sk ředowanych zawězkow za gmejny a gmejnske zwězki w starodawnem sedleńskem rumje k spěchowanjeju wuměnjow, kótarež zmóžnjaju Serbam rěcy, tradicije a kulturne derbstwo zachowaš a dalej wuwijaš a serbsku narodnu identitu šćitaš, zdžaržaš a spěchowaš, se pokazuju wósebnje na wótrězki 10, 11 a 13 toš tych zastojnstwowych pšedpisow. Za teke w § 1 wótrězk 3 Sk pominane zarucenje statkownego serbskego politiskego sobuwugótowanja ma se glědaš na wótrězka 7 a 9 toš tych zastojnstwowych pšedpisow.

4 Wólność wuznawanja (§ 2 Sk)

Serby mógu ale njemuse se wuznawaš k pšislušnosći serbskemu ludoju napšešiwu zastojnstwam. Z boka zastojnstwa njesmějo se přěš abo cwiblowaš na takem wuznašu. Serbske bergarki a bergarje njesměju se naslědk stajaš dla takego wuznaša. Dopokaze pšislušnosći k serbskemu ludoju njamaju se pomináš.

W zwisku z wužywanim individuálních pšawow, kótarež pšistoje jano Serbam (na pšikład mjenjowje pšawo pó Kazni

za změny mjeńšynowych mjenjow), móžo se pśislušnosť k serbskemu luduju dopšaš.

5 Starodawny sedleński rum (§ 3 Sk)

Starodawny sedleński rum Serbow jo póstajony w dodanku k Sk.

Pó § 13c Sk maju dalšne gmejny ako teke Rada za nastupności Serbow až do 31. maja 2016 móžnosť stajiš póžedanja na zwěšćenje pśislušności k starodawnemu sedleńskemu rumoju. Plaši Póstajenje wó postupowanju změnow starodawnego sedleńskega ruma Serbow wót Ministarstwa za wědomnosť, slěženje a kulturu wót 8. septembra 2014 (GVBl. II c. 68).

Na zakłaže wustajonych a pó pšawje plašecych wopismow zwěšćenja, kótarež su došli w běgu pśespytowanja ako póžedanja pśi Ministarstwje za wědomnosť, slěženje a kulturu (MWFK) ma se wustajiš dokóńcna lisćina pó § 3 wótrězk 2 Sk k starodawnemu sedleńskemu rumoju slušajucych gmejnow a gmejnskich želow. Dalšne změny starodawnego sedleńskega ruma njesu móžne.

Na wósebnny charakter starodawnego sedleńskega ruma a na serbske zajmy ma se w komunalnej politice pó § 3 wótrězk 1 Sk žiwaš. K tomu se pširažijo w pšiměrjonej formje zapšěgnuš zastupnistwa Serbow (na pšikład kšywowe zwězki pó § 4a Sk a komunalne zagronite pó § 6 Sk).

Žiwaš ma se na to, až pó § 9 wótrězk 4 Komunalneje wustawy gmejny starodawnego sedleńskega ruma nose dwójorěčne mjenja. Glědajucy na jadnotne pšesajenje ředowanjow z § 11 Sk a zaměra z § 8 wótrězk 1 Sk pširažijo se w ramiku komunalnego samozastojanja teke wšykne gmejnske žele dwójorěčneje pomjenjowaš. Zapis z wótpowědujucymi dolnoserbskimi pomjenjenjami ma se k dispoziciji stajiš pšez MWFK.

6 Chórgoj (§ 4 Sk)

Toš ta w § 4 Sk ředowana móžnosť serbsku chórgoj rownopšawje wužywaš móžo se wósebnje staš pšez górzežesěgnjenje na dnjach wupowjesenja chórgojow, na kótarychž jo pšedpisane jano nimsku a krajnu chórgoj górzej zešěgnuš a ten za wětšy žěl eksistěrujucy tšeši chórgojowy sčazor lichy wóstanjo. Serbska chórgoj móžo se teke górzej šěgnuš město europskeje chórgoji, jo-lic jeje górzejšěgnjenje pšedpisane njejo.

Dalšne jo ředowane pšez Wukaz wó powšyknych dnjach górzežesěgnjenja chórgojow w Bramborskej wót Ministarstwa za nutšikowne wót 13. apryla 2007 (ABl. b. 1090) změnjony pšez wukaz Ministarstwa za nutšikowne wót 27. apryla 2010 (ABl. b. 806).

7 Kšywowe zwězki (§ 4a Sk)

§ 4a Sk wustajijo wuměnenja za pšipóznaše zwězkow ako serbske kšywowe zwězki. We wótrězku 2 jo pšidatnje ředowane pšawo zwězkow na skjarženje. W dalšnych krajopšawniskich ředowanjach se pšizwólju kšywowym

zwězkam pó § 4a Sk pšawa na sobustatkowanje. K tomu lice wupóstanje wobradowańskich cłonkow do šulskich konferencow šulow z jadnorěčnymi abo bilingualnymi pórucenjami w dolnoserbskej rěcy (§ 90 wótrězk 1 Bramborskeje šulskeje kazni - BbgSchulG), pomjenjowanje cłonka krajneje šulskeje pširady (§ 139 BbgSchulG), pomjenjowanje zastupnikow w regionalnej zgrumažinje planowańskega regiona „Lužyca-Blota“ (§ 6 wótrězk 3 Kazni regionalnego planowanja a brunicewego a saněrowańskega planowanja - RegBkPIG) a brunicewego wuběrka (§ 15 wótrězk 2 RekBkPIG) a pomjenjowanje zastupnika do rozgłosoweje rady RBB (§ 14 wótrězk 1 statnego dogrona wó wustajenju zgrumažinje rozgłosarnje krajowu Barliń a Bramborska). Pširažijo se kšywowe zwězki zapšěgnuš do aktiwitow, kótarež pótusnu serbske zajmy.

Pši nabyšu plašiwosći toš tych zastojnskich pšedpisow jo Domowina - Zwězk Łužyskich Serbow z.t. pó § 4a Sk ako kšywowy zwězk pšipózna.

8 Rada za nastupności Serbow (§ 5 Sk)

Wólby, kenž maju se pšewjasć w zagronitosći serbskich kšywowych zwězkow mógu se pódpěrowaš wót komunalnego boka pšez wózwjawnjenje znatecynjenjow wólbneho wuběrka we wózwjawnjenich łopjenach, wuwiskach abo na internetnych stronach. Wólby pšewjeduju se w celem kraju a pótrjefju z tym serbske wobydlarki a serbskich wobydlarjow nic jano w starodawnem sedleńskem rumje.

Dalšne ředowanja k pšewježenjoju wólbow do Rady za nastupności Serbow pó § 5 wótrězk 2 Sk su ředowane we Wólbnem pórěže k Serbskej kazni (Wp-Sk) Ministarstwa za nutšikowne a komunalne wót 15. septembra 2014 (GVBl. II c. 69).

9 Komunalne zagronite za nastupności Serbow (§ 6 Sk)

Pó § 6 wótrězk 1 Sk deje te tam pomjenjone amty a komunalne teritorialne korporacije pomjeniš zagronite za nastupności Serbow, jolic se njerozsuzě za druge se gózece napšawy za zachowanje zajmow Serbow. Wót wjelikosći amta abo teritorialneje korporacije abo wót lichy Serbow wótwisujo, wjele žela toš za statkownosć sebjě wupominajo. Za wětšy žěl se kazniskim pominanjam wótpowědujo, gaž wugbajo jedna sobuželašerka abo jaden sobuželašef amta abo teritorialneje korporacije toš ten nadawk pšidatnje.

Móžno jo teke pomjenjenje cesnoamtskeje zagroniteje abo cesnoamtskego zagronitego. Mě, adresa a rěčne case zagroniteje abo zagronitego dejali se na pšiměrjony part zjawnje znate cyniš. Pši cesnoamtskich zagronitach ma se glědaš na wótpowědne zapšěgnjenje do zastojnstwowych a politiskich wótběgow, aby zarucali za wugbanje cynitosći trěbne pósrědnjenje informacijow.

Wósebnje ma se na to pokazaš, až plaše za zagronite za nastupności Serbow pó § 6 wótrězk 2 Sk w zwisku z § 19 wótrězk 3 Komunalneje wustawy wótpowědne ředowanje wó kompetencach zagronitych za rownostajenje pó § 18 wótrězk 3 Komunalneje wustawy.

10 Spěchowanje serbskeje kultury (§ 7 Sk)

Slušnosć spěchowaś serbsku kulturu dopońjujo kraj wósebne pšez swójo wobželenje na Załožbje za serbski lud. Toś ta zgromadnje wót zwězka a krajowu Sakska a Bramborska pódpěrana załožba, spěchujo te wšakorake serbske institucije w sedleńskem rumje Serbow ako teke jadnotliwe projekty.

Wó pšosbach wó spěchowanje rozsuźuju pšislušne gremije załožby.

Wušej togo maju wokrejsje, amty a gmejny w starodawnem sedleńskem rumje Serbow pó § 7 wótrězk 2 Sk a § 2 wótrězk 2 Komunalneje wustawy serbsku kulturu adekwatnje zapšěgować do kulturnego žěła. Konkrétne wugótowanje lažy w ramiku komunalnego samopóstajenja pši wokrejsach, amtach a gmejnach.

§ 7 wótrězk 2 sada 2 Sk wopšimjejo pšikazń amtam, gmejnám a wokrejsám starodawnego sedleńskega ruma spěchowaś zgromadne žywjjenje kótarěž jo pregowane wót tradicije, tolerance a mjazsobnego pócesćenja. To móžo se staś na pšikład pšez pozitiwne póšěgi teke na serbske aspekty lokalnych tradicijow a stawiznow, pokazki na nagódnotu pšez bikulturalnosć a wěcejrěčnosć, ale teke pšez informěrowanje pšislušnikow wěšynowego wobydlarstwa wó mjeńšynowych pšawach. Słowa a statki, kótarěž zawinuju wótgódnosenje serbskeje rěcy, kultury abo identity, maju se wóstajiś.

Pórucyjo se, dopońjenje toś togo nadawka zjawnosći zrozumliwje pšedstajaś (na pšikład pšez wótpowědne woblicenja w etatu, projekty abo zjawnosne žěło).

11 Serbska rěč (§ 8 Sk)

§ 8 Sk pomina wósebne spěchowanje serbskeje rěcy.

Krajny kaznidawať jo za wobcerk zastojnskich póstupowanjow ředowať wužywanje serbskeje rěcy w § 8 wótrězk 2 Sk a § 4 Kazni k zastojnskim póstupowanjam Bramborskeje (VwVfGBbg).

Pó njej su w zastojnskich póstupowanjach pó VwVfGBbg serbske wobžělniki na toś tych jadnanjach, gaž wužywaju serbsku rěč, wulichowane wót kostow za dolmetšarjow a pšestajarjow. How se pokazuju na ředowanje zarownanja kostow pó § 13a Sk. Dalej se póstaja cas teke za pšosby, zdžěleńki abo wuzjawjenja wóle, napisane w serbskej rěcy.

Pó § 8 wótrězk 2 sada 3 Sk maju zastojnstwa mimo togo lichotu, pši pšedlažecy rěcnych wuměńjenjach teke wužywaś dolnosersku rěč za wótegrona a wopowěśi.

W zmysle § 8 wótrězk 1 sada 3 Sk se žyco wótwisnje wót wobstojnosćow na městnje nejžwěťše wužywanje serbskeje rěcy. Ma se na to žiwaś, aź za teritorium Bramborskeje jo rozsuźeca dolnoserska rěč.

12 Kublanje (§ 10 Sk)

Póstajenja za wobcerki kublanje, šula a žiśownje (§ 10 Sk) se pšewóstajiju wósebneju ředowanju Ministarstwa za kublanje, młožinu a sport.

13 Dwójerěcne napisma (§ 11 Sk)

Zjawnje widobne wužywanje serbskeje rěcy pregujo bikulturelny charakter Łužyce, zwidobnja akle kulturelno-rěcnu wjelerakosć, jo wažne za wšedne praktiske nałožowanje a jo teke symboliski wuraz rownopšawnosći. Wóno ma za akceptancu rěcy, rěcny prestiž a stakim za motiwacije ju nawuknuś, woplěwaś a dalej wuwijaś centralny wuznam. Pši tom ma se na wužywanje rěcy bžeze zmólkow glědaś.

Pó § 11 wótrězk 1 Sk maju se zjawne twarjenja a institucije, drogi, puše, naměsta, mósty a městne tofle a pokazki na nje w starodawnem serbskem sedleńskem rumje wóznamjeniš w nimskej a dolnoserskej rěcy. Slědujuće pópisanja maju se dwójerěcnje wugótowaś.

- Směrowe znamje c. 432 pó § 42 StVO k nutšikoměstnym cilam a k městnam z wjelikim wobchadowym wuznamom.
- Směrowe znamje c. 437 pó § 42 StVO, nadrozne tofle. Wó wugótowanju toflow z mjenjami drogow rozsuźuju pšislušne gmejnske zastojnstwo.
- Howacne nutšikoměstne tofle, zjawne twarjenja a institucije bžez wjelikego wuznama za wobchad, mjenjowe toflicki za naměsta a mósty a pokazki na nje.

Mimo togo ma se pši dalšnych wobchadowych znamjenjach žiwaś na ředowanja k dwójerěcny m gmejskim mjenjam. Dokulaž nimske a serbske mě twóritej amtske pomjenjenje gmejny, matej se wobej pšedwiześ w samskej wjelikosći pisma. Zwenka starodawnego sedleńskega ruma maju se wótpowědne gmejny, kótarěž słužaju k starodawnemu sedleńskemu rumoju, teke z wobyma wobstatkoma mjenja wutoflowaś. W starodawnem sedleńskem rumje mógu se wupokazaś cile zwenka starodawnego sedleńskega ruma dwójerěcnje. Pokazujo se teke na ředowanja Wukaza k dwójerěcnemu nimsko-dolnoserskemu pópisanoju wobchadowych znamjenjow Ministarstwa za infrastrukturu a rolnikarstwo wót 25. junija 2014 (ABl. b. 926).

Pó § 11 wótrězk 2 Sk mógu se teke druge twarjenja dwójerěcnje wóznamjeniš, dalokož maju wuznam za zjawnosć. To same pšaśi za druge w cifrach 1 do 3 njepomjenjone toflicki nutšika gmejny. Móžnosć dwójerěcneho pópisanja dežała se wobšyrnje wužywaś.

Wutoflowanje njemusy se ned wuměniś, ale w padach wobnjowjenja abo nowostajenja nuznje dwójerěcnje wugótowaś. Pokazujo se na ředowanja zarownanja kostow pó § 13a Sk.

Dla we chyli hyšći daloko rozšyrjoneje zmólkatosći by se dežało pši wobnjowjenju wutoflowanjow tomu wobijaś, aź

se wobstojece formy njekontrolěrowane pšewzeju. Žiwaš ma se na to, až na teritoriumje Bramborskeje jo rozsužeca dolnosěrbska rěc z jeje něntejšnymi pšawopisnymi pšawidłami. Aby zarucali korektnje wužywanje rěcy, dejali se zepěraš na pomoc rěcywuznatych. Kontakty mógu se pósřednjaš pšez komunalnych zagronitych pó § 6 Sk. Dalšne informacije stajijotej Serbski institut a Dolnosěrbska rěčna komisija pó www.dolnosěrbski.de k dispoziciji.

14 Zarowanje kostow (§ 13a Sk)

Zarowanje pšidatnych kostow pšez nałožowanje serbskeje rěcy pó § 13a Sk se rědujo we wósebnem póstajenju wótpowědujucy § 13b wótrězk 4 Sk.

15 Nabyše a zgubjenje plašiwosći

Toš te zastojnske pšedpise nabywaju plašiwosć na dnju pó jich wózwjawnjenju.

Rownocasnje zgubiju zastojnske pšedpise ministarja za wědomnosć, slěženje a kulturu ku kazni za rědowanje pšawow Serbow w Bramborskej wót 28. apryla 1997 (ABl. b. 422) swóju plašiwosć.

Wesentliche Änderung eines Geflügelschlachthofes in 15859 Storkow

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 7. Juni 2016

Die Firma Friki Storkow GmbH, Fürstenwalder Straße 55, in 15859 Storkow beantragt die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) den Geflügelschlachthof in der **Gemarkung Kolpien Flur 2, Flurstücke 11/3, 11/10, 106, 112, 114, 115 und 116** (Landkreis Oder-Spree) wesentlich zu ändern. (AZ: G03716)

Es handelt sich dabei um eine Anlage der Nummer 7.2.1 GE des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) sowie um ein Vorhaben der Nummer 7.13.1 Spalte 2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG). Mit zunehmender Ausschöpfung der genehmigten Produktionskapazität bedarf es der Anpassung der Kälteleistung.

Nach § 3c UVPG war für das beantragte Vorhaben eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen.

Die Feststellung erfolgte nach Beginn des Genehmigungsverfahrens auf der Grundlage der vom Vorhabensträger vorgelegten Unterlagen sowie eigener Informationen.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Diese Entscheidung ist nicht selbstständig anfechtbar. Die Begründung dieser Entscheidung und die ihr zugrunde liegenden Unterlagen können nach vorheriger telefonischer Anmeldung während der Dienstzeiten im Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 1, Genehmigungsverfahrensstelle Ost, Zimmer 103, Müllroser Chaussee 50 in 15236 Frankfurt (Oder), eingesehen werden.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 76 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2015 (BGBl. I S. 670)

Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 5 der Verordnung vom 28. April 2015 (BGBl. I S. 670)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2490)

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Genehmigungsverfahrensstelle Ost

Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer Anlage zur Abfallverbrennung in 15562 Rüdersdorf bei Berlin, OT Herzfelde

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 7. Juni 2016

Der Firma VATTENFALL EUROPE NEW ENERGY ECO-POWER GmbH, Siedlerweg 11 in 15562 Rüdersdorf bei Berlin, OT Herzfelde wurde die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) erteilt, die betriebene Anlage zur Verwertung und Beseitigung von nicht gefährlichen Abfällen mit einer Durchsatzkapazität von 3 Tonnen oder mehr je Stunde durch thermische Verfahren (Abfallverbrennungsanlage IKW Rüdersdorf) u. a. durch die Erweiterung des Abfallannahmekatalogs, durch die Kapazitätserweiterung von 250.000 t/a auf 270.000 t/a, durch die Anpassung der Annahmekontrolle und Annahmekriterien, durch das kurzzeitige Abstellen von Ballen sowie durch die Bereitstellung von Big-Bags im Bereich der Sichtungsf lächen bei besonderen Betriebszuständen auf dem Grundstück in 15562 Rüdersdorf bei Berlin, OT Herzfelde, **Gemarkung Herzfelde, Flur 1, Flurstück 1175** zu ändern. (AZ: G02913)

Das Vorhaben unterlag keiner Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung wurde unter den im Genehmigungsbescheid aufgeführten Nebenbestimmungen erteilt.

In der Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen entschieden worden.

Für die Abfallverbrennungsanlage ist das „BVT-Merkblatt zu besten verfügbaren Techniken der Abfallverbrennung“ bzw. „Best Available Techniques Reference Document on Waste Incineration“, Stand Juli 2005, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft C 257/06 vom 25.10.2006, maßgeblich.

Auslegung

Die Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz liegt mit einer Ausfertigung der genehmigten Antragsunterlagen in

der Zeit **vom 9. Juni 2016 bis einschließlich 22. Juni 2016** im Landesamt für Umwelt, Genehmigungsverfahrensstelle Ost, Müllroser Chaussee 50, Zimmer 103 in 15236 Frankfurt (Oder), Telefonnummer: 0335 5603182 und in der Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin, Bürgerbüro des Rathauses, Hans-Striegelski-Straße 5 in 15562 Rüdersdorf bei Berlin, Telefonnummer: 033638 85 0 aus und kann dort während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

Um telefonische Anmeldung wird nach Möglichkeit gebeten.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid den Einwendern und auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Da es sich bei der zu ändernden Abfallverbrennungsanlage um eine Anlage nach der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (IED) handelt, wird der Genehmigungsbescheid zeitgleich auf der Internetseite des Landesamtes für Umwelt veröffentlicht: <http://www.lfu.brandenburg.de/info/genehmigungen-ost>

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach dessen Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Umwelt, Seeburger Chaussee 2 in 14476 Potsdam, Ortsteil Groß Glienicke einzulegen.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 76 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2015 (BGBl. I S. 670)

Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 5 der Verordnung vom 28. April 2015 (BGBl. I S. 670)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2490)

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Genehmigungsverfahrensstelle Ost

**Feststellung des Unterbleibens
einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
für das Vorhaben „110-kV-Freileitung Ragow -
Großräschen, Ersatzneubau Mast 97“**

Bekanntmachung des Landesamtes für Bergbau,
Geologie und Rohstoffe
Vom 18. Mai 2016

Die MITNETZ STROM plant eine Trassenschwenkung der bestehenden 110-kV-Leitung Ragow - Großräschen. Dabei soll der Mast 97 mit entsprechendem Leitungsabschnitt (280 m) zurückgebaut und ca. 70 m östlich neu errichtet werden. Dadurch ergibt sich auf ca. 300 m ein geänderter Leitungsverlauf.

Auf Antrag der SAG GmbH CeGIT, die im Auftrag der MITNETZ STROM handelt, hat das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c Satz 2 UVPG in Verbindung mit Nummer 19.1.4 Spalte 2 der Anlage 1 UVPG durchgeführt.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Die Feststellung erfolgte auf der Grundlage der von der Vorhabenträgerin vorgelegten Unterlagen.

Diese Entscheidung ist nicht selbstständig anfechtbar. Die Begründung dieser Entscheidung und die zugrunde liegenden Antragsunterlagen einschließlich Kartenmaterial können nach vorheriger telefonischer Anmeldung (0355 48640-326) während der Dienstzeiten im Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, Dezernat 32, Inselstraße 26, 03046 Cottbus, eingesehen werden.

Rechtsgrundlagen:

- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2490) geändert
- Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 19. Februar 2016 (BGBl. I S. 254)

Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe

**Feststellung des Unterbleibens
einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
für das Vorhaben „Sanierung FGL 80, FGL 80.19,
Leistungsumfang 2016
ONTRAS Vorhaben-Nr.: ON.15039, ON.15046“**

Bekanntmachung des Landesamtes für Bergbau,
Geologie und Rohstoffe
Vom 13. Mai 2016

Die Sanierung und die Ertüchtigung der FGL 80 und deren Abzweingleitung FGL 80.19 erfolgt im Abschnitt Potsdam - Potsdam-Mittelmark - Teltow-Fläming. Grundlage der Sanierungsmaßnahmen an der FGL 80, welche 1958 erbaut wurde, ist die Auswertung der Intensivmessung und der Betreiberkenntnisse. Die Leitung befindet sich im Instandhaltungsbereich Ketzin des Netzbereiches Mitte. In diesem Zusammenhang erfolgt zusätzlich die Teilsanierung der Abzweingleitung 80.19 (Baujahr 1981). Die Leitungen queren die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming, die Städte Potsdam und Ludwigfelde sowie die Gemeinden Rangsdorf und Nuthetal.

Auf Antrag der epeg Energieplanung führte das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c Satz 2 UVPG in Verbindung mit Nummer 19.2.4 der Anlage 1 UVPG durch.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Die Feststellung erfolgte auf der Grundlage der von der Vorhabenträgerin vorgelegten Unterlagen.

Diese Entscheidung ist nicht selbstständig anfechtbar. Die Begründung dieser Entscheidung und die zugrunde liegenden Antragsunterlagen einschließlich Kartenmaterial können nach vorheriger telefonischer Anmeldung (0355 48640-326) während der Dienstzeiten im Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, Dezernat 32, Inselstraße 26, 03046 Cottbus, eingesehen werden.

Rechtsgrundlagen:

- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2490) geändert
- Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 19. Februar 2016 (BGBl. I S. 254)

Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe

BEKANNTMACHUNGEN DER KÖRPERSCHAFTEN, ANSTALTEN UND STIFTUNGEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel

Einladung zur öffentlichen Sitzung 1/2016 der Regionalversammlung Prignitz-Oberhavel

Bekanntmachung
der Regionalen Planungsgemeinschaft
Prignitz-Oberhavel
Vom 23. Mai 2016

Die Sitzung 1/2016 der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel findet statt am:

**Mittwoch, den 29.06.2016 um 16:00 Uhr
im Oberstufenzentrum Ostprignitz-Ruppin,
Alt Ruppiner Allee 39, 16816 Neuruppin Aula
(1. OG im Haus E).**

Tagesordnung:

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden

TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Bekanntmachung, der Beschlussfähigkeit der Regionalversammlung und der Tagesordnung

TOP 3: Protokollkontrolle der Regionalversammlung 2/2015 vom 16.12.2015

TOP 4: Fragen der Einwohner zu Inhalten der Tagesordnung

TOP 5: Behandlung von Anträgen und Fragen

TOP 6: Regionales Energiemanagement [**BV 1/2016**]

TOP 7: Regionalplan „Freiraum und Windenergie“
- Änderung der Kriterien [**BV 2/2016**]

TOP 8: Information/Sonstiges

TOP 9: **Nicht-öffentlicher Teil der Sitzung**

- Protokollkontrolle/Informationen zu Klageverfahren

Die Beschlussvorlagen liegen vom **22.06.2016** bis zum **28.06.2016** in der Regionalen Planungsstelle (Fehrbelliner Straße 31, 16816 Neuruppin) während der Geschäftszeiten zur Einsichtnahme aus.

Neuruppin, den 23.05.2016

Ralf Reinhardt
Vorsitzender der Regionalversammlung

BEKANNTMACHUNGEN DER GERICHTE

Zwangsversteigerungssachen

Für alle nachstehend veröffentlichten Zwangsversteigerungssachen gilt Folgendes:

Ist ein Recht in dem genannten Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Termin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Antragsteller bzw. Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Amtsgericht Bad Liebenwerda

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Donnerstag, 28. Juli 2016, 14:00 Uhr

im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Bad Liebenwerda, Burgplatz 4, 04924 Bad Liebenwerda, Saal 1, das im Grundbuch von **Elsterwerda Blatt 2155** eingetragene Grundstück; Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe
1		10	53	Hofraum, Dresdener Straße 7	1.530 m ²

versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten:

Mietwohngrundstück bebaut mit einem Gebäudekomplex bestehend aus Vorderhaus, Haupthaus, Quergebäude mit Zwischenbau sowie Werkstattteil und Garage sowie einem Nebengebäude, Dresdener Straße 7.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch eingetragen worden am 24.04.2015.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Absatz 5, § 85a ZVG festgesetzt auf 90.000,00 EUR.

Geschäfts-Nr.: 15 K 13/15

Herausgeber: Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg,

Anschrift: 14473 Potsdam, Heinrich-Mann-Allee 107, Telefon: 0331 866-0.

Der Bezugspreis beträgt jährlich 56,24 EUR (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Einzelpreise enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Einweisung kann jederzeit erfolgen.

Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.

Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Golm, Karl-Liebknecht-Straße 24 - 25, Haus 2, 14476 Potsdam, Telefon 0331 5689-0